

DasGelbeBlatt

DIE RUNDSCHAU FÜR BAD TÖLZ-WOLFRATSHAUSEN

Lenggrieser Straße 23 · 83646 Bad Tölz · Telefon: 08041 / 7891-0
Fax: 08041 / 7891-90 · E-Mail: anzeigen-toelz@dasgelbeblatt.de

Insolvenzgericht bleibt

Amtsgericht Wolfratshausen weiter Anlaufstelle für Konkursverfahren

Wolfratshausen – Das Amtsgericht bleibt Insolvenzgericht. Das freut insbesondere ansässige Insolvenzverwalter. Sie setzten sich letztlich mit einem Protestschreiben gegen einen Gesetzentwurf durch, der auf eine Ausdünnung der Insolvenzgerichte zielte.

Der Wolfratshausener Rechtsanwalt Dr. Josef Hingerl hat sich mittlerweile auf das Insolvenzrecht spezialisiert. Die Pläne von Bayerns Justizministerin Beate Merk, die Insolvenzgerichte Weilheim und Wolfratshausen im Rahmen einer Konzentration abzuschaffen, riefen ihn auf den Plan. Das war vor etwa einem Jahr. Hingerl: „Die Zahl der Insolvenzgerichte in Bayern wäre von 29 auf acht geschrumpft“, erklärt der Anwalt, der zuletzt erfolgreich die Insolvenz der Geretsrieder Unternehmens Huber Präzisionstechnik abwickeln konnte (wir berichteten). Hingerl sah die Bürgernähe gefährdet – und er setzte zusammen mit anderen Berufskollegen zur Gegenwehr an. Denn mittlerweile gab es auch auf Bundesebene einen entsprechenden Gesetzentwurf. Hingerl warb in Kollegenkreisen nicht nur über



Das Amtsgericht Wolfratshausen bleibt weiterhin Insolvenzgericht. Ein Gesetzentwurf zur Ausdünnung dieser Gerichtsstandorte wurde abgeändert, nicht zuletzt aufgrund massiver Proteste von Juristen. Foto: tka

Fachartikel, die er veröffentlichte. Er schrieb auch sämtliche Bundestagsabgeordnete an. „Ich habe deutlich gemacht, dass es durch die Konzentration der Insolvenzgerichte nicht zu einer Erleichterung der Sanierung von Unternehmen kommen kann.“ Denn: Schuldner, Gläubiger sowie Richter und Rechtspfleger hätten dann nach München fahren müssen. „Das hätte sich gegen die Bürgernähe der Justiz gerichtet“, betont Hingerl.

Seine Initiative war erfolgreich. Denn Mitte August rief mit Max

Stadler der parlamentarische Staatssekretär im Bundesjustizministerium bei Hingerl an – um anzukündigen, dass die vorgeschlagene Regelung zurückgenommen werde. Hingerl räumt ein, „dass ich das zunächst nicht glauben konnte“. Doch nach dem Rechtsausschuss hat nun auch der Bundestag das Konzentrationsvorhaben fallen gelassen und das Gesetz modifiziert verabschiedet. „Damit sind die Insolvenzgerichte Weilheim und Wolfratshausen gerettet“, sagt Hingerl, ergänzt aber: „Zunächst“. tka